



Rat der  
Europäischen Union

103571/EU XXVII. GP  
Eingelangt am 09/06/22

Brüssel, den 1. Juni 2022  
(OR. en)

9187/22  
PV CONS 28  
RELEX 657

**ENTWURF EINES PROTOKOLLS**  
**RAT DER EUROPÄISCHEN UNION**  
(Auswärtige Angelegenheiten)  
16. und 17. Mai 2022

## INHALT

Seite

### Rat (Auswärtige Angelegenheiten) – nur Außenminister/innen

1. Annahme der Tagesordnung..... 3
2. Annahme der A-Punkte ..... 3
  - a) Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten
  - b) Liste der Gesetzgebungsakte

### Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

3. Laufende Angelegenheiten ..... 5
4. Westlicher Balkan..... 5
5. Russische Aggression gegen die Ukraine..... 5
6. Sonstiges ..... 5

### Rat (Auswärtige Angelegenheiten) – nur Verteidigungsminister/innen

7. Laufende Angelegenheiten ..... 5
8. Umsetzung des Strategischen Kompasses mit Schwerpunkt auf der Zukunft von GSVP-Missionen und -Operationen ..... 5
5. Russische Aggression gegen die Ukraine..... 5
9. Sonstiges ..... 5

- ANHANG – Erklärungen für das Ratsprotokoll..... 6

\*\*\*

**Rat (Auswärtige Angelegenheiten) – nur Außenminister/innen**

**1. Annahme der Tagesordnung**

Der Rat nahm die in Dokument 9021/22 enthaltene Tagesordnung an.

**2. Annahme der A-Punkte**

9013/22

**a) Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten**

Der Rat nahm die in Dokument 9013/22 enthaltenen A-Punkte einschließlich der zur Annahme vorgelegten COR- und REV-Dokumente an. Erklärungen zu diesen Punkten sind im Addendum wiedergegeben.

In Bezug auf die folgenden Punkte müssen die Dokumentenangaben wie folgt lauten:

**Wirtschaft und Finanzen**

18. Mittelübertragung Nr. DEC 11/2022 (Einzelplan III – Kommission)  
*Billigung*  
vom AStV (2. Teil) am 11.5.2022 gebilligt

**C** 8445/22  
8258/22  
**+ REV 1 (es)**  
FIN

**b) Liste der Gesetzgebungsakte (Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)**

9014/22


**Wirtschaft und Finanzen**

1. Standpunkt des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3 zum Gesamthaushaltsplan 2022: Finanzierung der Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine  
*Annahme*  
vom AStV (2. Teil) am 11.5.2022 gebilligt


**SC** 8446/22  
8447/22  
8317/22  
FIN

Der Rat legte seinen Standpunkt zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2022 in der Fassung der Dokumente 8446/22 und 8447/22 fest.

## Landwirtschaft


2. Verordnung zur Festlegung von Übergangsbestimmungen für die  8600/22 + ADD 1  
Verpackung und Kennzeichnung von Tierarzneimitteln  
*Annahme des Gesetzgebungsakts* PE-CONS 19/22  
vom AStV (1. Teil) am 11.5.2022 gebilligt VETER

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angenommen. (Rechtsgrundlage: Artikel 114 und Artikel 168 AEUV.) Eine Erklärung zu diesem Punkt ist im Anhang wiedergegeben.

3. Beschluss über die Geltungsdauer und die Gleichstellung von in  8601/22  
Bolivien erzeugtem Saatgut  
*Annahme des Gesetzgebungsakts* PE-CONS 10/22  
vom AStV (1. Teil) am 11.5.2022 gebilligt AGRILEG


Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angenommen. (Rechtsgrundlage: Artikel 43 AEUV.)

## Energie

4. Überarbeitung der TEN-E-Verordnung  8693/22  
*Annahme des Gesetzgebungsakts* PE-CONS 2/22  
vom AStV (1. Teil) am 11.5.2022 gebilligt ENER

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde – bei Stimmenthaltung der deutschen, der spanischen, der luxemburgischen und der österreichischen Delegation – gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angenommen. (Rechtsgrundlage: Artikel 172 AEUV.)

## Telekommunikation

5. Verordnung über europäische Daten-Governance (Daten-Governance-Gesetz)  8692/22  
*Annahme des Gesetzgebungsakts* PE-CONS 85/21  
vom AStV (1. Teil) am 11.5.2022 gebilligt TELECOM

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angenommen. (Rechtsgrundlage: Artikel 114 AEUV.)

### **Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten**

3. Laufende Angelegenheiten
4. Westlicher Balkan  
*Gedankenaustausch*
5. Russische Aggression gegen die Ukraine  
*Gedankenaustausch*
6. Sonstiges

### **DIENSTAG, 17. MAI 2022**

### **Rat (Auswärtige Angelegenheiten) – nur Verteidigungsminister/innen**

### **Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten**

7. Laufende Angelegenheiten
  8. Umsetzung des Strategischen Kompasses mit Schwerpunkt auf  
der Zukunft von GSVP-Missionen und -Operationen  
*Gedankenaustausch*
  5. Russische Aggression gegen die Ukraine  
*Gedankenaustausch*
  9. Sonstiges
-

**Erklärungen zu den die Gesetzgebung betreffenden A-Punkten in Dokument 9014/22****Zu A-Punkt 2:****Verordnung zur Festlegung von Übergangsbestimmungen für die  
Verpackung und Kennzeichnung von Tierarzneimitteln**  
*Annahme des Gesetzgebungsakts***ERKLÄRUNG DÄNEMARKS**

„Dänemark unterstützt den Vorschlag für Änderungen am Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Übergangsbestimmungen für die Verpackung und Kennzeichnung von Tierarzneimitteln, die gemäß der Richtlinie 2001/82/EG und der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 zugelassen wurden. Dänemark hält es für sehr wichtig, dass die Probleme im Zusammenhang mit Verpackung und Kennzeichnung mit Übergangsmaßnahmen wie den vorgeschlagenen Maßnahmen rasch gelöst werden. Dänemark ist jedoch nach wie vor besorgt, dass Artikel 106 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2019/6 zu einer unbeabsichtigten Zunahme des Einsatzes antimikrobieller Mittel in Dänemark führen könnte, und hätte es vorgezogen, wenn in dem Vorschlag auch auf diese Frage eingegangen worden wäre. Gemäß Artikel 106 Absatz 1 dürfen Tierärzte nicht mehr von der Dosierung und der Behandlungsdauer abweichen, die in der Zusammenfassung der Merkmale des Arzneimittels (Summary of Product Characteristics, SPC) angegeben sind. Dänemark befürchtet, dass Tierärzte gezwungen sein werden, unnötig hohe Mengen antimikrobieller Mittel zu verwenden, da sie die in der SPC angegebene Behandlungsdauer nicht verkürzen dürfen, selbst wenn die klinische Wirkung durch eine kürzere Behandlungsdauer erreicht werden kann. Eine Erhöhung des Antibiotikaverbrauchs wäre mit den Reduktionszielen der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ nicht vereinbar.

Die Kommission hat auf die Aktualisierung der SPC als Lösung für dieses Problem verwiesen. Nach Angaben der dänischen Arzneimittel-Agentur ist es jedoch Sache des Zulassungsinhabers, zu entscheiden, welche Dosierung und Behandlungsdauerregelung er durch die SPC abdecken möchte – solange die Sicherheit und Wirksamkeit durch die Belege bestätigt wird. Wenn darüber hinaus Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die SPC aus den oben genannten Gründen geändert werden muss, bleibt es nach wie vor dem Zulassungsinhaber überlassen, zu entscheiden, ob er die Zulassung ändern oder alternativ das Arzneimittel löschen möchte, was zu Versorgungsproblemen und einem Risiko für die Gesundheit und das Wohlergehen der Tiere führen kann. Bis zur Aktualisierung der Zulassungen und für Produkte, bei denen die Zulassungen nicht in ausreichendem Maße aktualisiert werden, bedarf es daher einer alternativen Lösung, um diese Folgen abzumildern.

Dänemark fordert daher die Kommission nachdrücklich auf, die Mitgliedstaaten bei der Suche nach einer Lösung zu unterstützen, die den Antibiotikaverbrauch in der gesamten EU verringert.“